

Trepianus der erste und wichtigste Schritt zur Sammlung der neuen Reichen, aber er darf nicht der letzte sein. Die Vereinigung mit dem Landvolk ist zwar durch die gleichzeitige Bildung einer herzögländischen Bauernpartei unmöglich geworden, aber man braucht bei dieser Tatsache nicht hinzuhilfesleben. Wir haben ja in Sachsen schon seit zwei Wahljahren die getrennten Stadt- und Landwirten, und in Württemberg besteht diese Trennung schon viel länger, ohne daß die Zusammenarbeit im Landtag durch diese organisatorische Zweiteilung Schaden gesitten hätte. Und auch im Niederrhein liegen die Dinge so, daß das Landvolk trotz der Betonung seines herzögländischen Charakters seiner ganzen Struktur nach gar keine andere Politik treiben kann als eben konservative Staatspolitik, die sich die Gruppe Westarp-Trepianus zum Ziel gesetzt hat. Daraus gilt es noch die Konsequenzen zu ziehen durch Votenverbindungen zwischen den beiden Nachbargruppen im Wahlkampf und durch die spätere Bildung einer Arbeits- und vielleicht auch einer Koalitionsvereinigung im Reichstag. Und schließlich darf keine Mühe gescheut werden, um die noch abstehende politisch soziale Gruppe unter Münch und Neudell in organisatorischen Zusammenhang mit dem konservativen Block zu bringen. In so geschlossener Kette kann die konservative Volkspartei im Bereich auf ihre staatlich-politische Notwendigkeit getrost das Wahlblatt herausfordern.

Weniger ausführlich gestalten sich die volksparteilichen Bemühungen um eine Sammlung des gesamten Bürgertums für den Wahlkampf. So gut die Absicht sein mag, sie kostet gleich in den Anfängen auf die bekannten demokratischen Widerstände, die wir auch in Sachsen bei alten Hegegenheiten zur Kenntnis gelangt haben. Die Parteidemokratie legt eben Wert darauf, die Tuchfühlung mit der Sozialdemokratie nicht zu verlieren, und sie ist in diesem Wahlkampf nur zu leicht geneigt, ihren ursprünglich bürgerlichen Charakter zu verleugnen, auch auf die Gefahr hin, daß sie durch den Wahlauftakt wieder empfindlich dafür gebracht wird. Wenn deshalb die Anregung der Volkspartei zu einer Sammlung der staatsverhaltenden Gruppen auch nicht zu einer wahrscheinlichen Verbindung führen wird, so wäre es doch zu berücksichtigen, wenn daraus Abmachungen über einen bürgerlichen Bündnisvertrag entstünden, der auch in dieser heidenden Wrenze in den nächsten Wahlkämpfen schon wertvolle Dienste geleistet hat. Denn schließlich ist es nicht die Aufgabe des Bürgertums, sich selbst zu zerstreuen, sondern gemeinsam den Abwehrkampf gegen die hinterlegenden Mächte auf der Linken zu führen, die uns in die Staatsskrise hineingezogen haben.

Der Güterverkehr nach dem Jernen Osten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Juli. In Moskau und Berlin haben in der letzten Zeit Verhandlungen zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, den litauischen, lettischen, estnischen, sowjetischen, österreichischen und japanischen Bahnen, sowie den japanischen und sowjetischen Eisenbahngesellschaften über die Möglichkeit stattgefunden, den Eisenbahnpass über Sibirien, über den bereits ein direkter Personenzug eingeschiftet ist, auch für den Güterverkehr nutzbar zu machen. Der Eisenbahnpass über Sibirien kann für den Uebertransport von Wichtigkeit werden, wenn er eine erhebliche Aktivierung der Beförderungszeit bringt. Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, die Beförderungszeit auf ihren Zielen, die den hauptsächlichen Teil des Pferderungsweges ausmachen, auf 20 bis 30 Tage herabzusetzen.

Reichsunterstützungen für Kulturstoffe

Berlin, 24. Juli. (Ein Drahtmeldung.) Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Gesamtübersicht über die Vermendung der von der Reichsregierung verwalteten Fonds vorgelegt, an deren Verteilung die Länder ein Interesse haben. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß

auf Förderung der Theaterkultur

im Jahre 1929 320 000 RM. gesetzt wurden, zur Förderung der künstlerischen Handwerkskultur 50 000 RM. Wissenschaftliche Institute sind 228 000 RM. gezahlt worden. Weitere Summen wurden für wissenschaftliche Einzelzuweisungen zur Verfügung gestellt. Im besonderen sind Zuwendungen geleistet worden für die Deutsche Orientgesellschaft zur Bearbeitung der Ergebnisse der metropolitischen Ausgrabungen, sowie der deutschen Landesgruppe der Internationalen Studiengesellschaft

zur Erforschung der Antike mit dem Lustschiff.

Für künstlerische Bestrebungen von allgemeiner Bedeutung wurden 164 000 RM. zur Verfügung gestellt, an künstlerische Verbände und Heimatkunstverbände rund 100 000 RM. Für Pädagogik und Erziehungswere wurde erforderlich 124 000 RM. Zur Bildungswere wurden 108 000 RM. zur Verfügung gestellt, und 100 000 RM. dienten zur Unterhaltung von Sonderlehrängen zur Förderung Beabhter außerhalb der üblichen Bildungsangebote. Eine lange Reihe von Verbänden ist aus dem Fonds in Höhe von einer Million zur Förderung des

Turns- und Sportweltens

unterstützt worden, darunter der Bund Freier sozialistischer Jugend, der Verein Deutscher Pfadfinderinnen, der Verein Marinejugend „Wasserland“, ein Republikanischer Pfadfinderbund, ein Bund Jungdeutschland, Deutsche Jugendkraft, ein Verband Eichenkrone, insgesamt eine sehr große Zahl von Verbänden. Zur Förderung der Mottstände der deutschen Kunst wurden 225 000 RM. ausgeworfen. Zur Erhaltung von Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung wurden 400 000 RM. gezahlt. Es wurden unter anderem bedacht

der Zwinger in Dresden

und einige geschichtlich besonders wertvolle Dome. Größere Ausgaben auf sozialem Gebiet hat dann das Reichsarbeitsministerium aus seinem Fonds geleistet. Das Ernährungsministerium stellte unter anderem zur Verfügung drei Millionen Reichsmark für das landwirtschaftliche Fortbildungswere. An den Gemüse-Kulturstoffen wurden aus diesem Fonds Gelder gezahlt zur Herstellung eines Lehrfilms über die Zukunft des deutschen Acker- und Weizenbaus. Als Beihilfe zur Förderung der böhmischen Wirtschaftsberatung und zur Förderung von Versuchsanlagen wurden 1,5 Millionen gezahlt.

Die Reichsbahn im Juni 1930

Schärfere Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs

Berlin, 24. Juli. Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn hielt sich im Juni wegen des anhaltend ungünstigen Standes der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft in wichtigen Grenzen. Der Frachtkauf- und Wagenladungerverkehr ging weiter zurück. Der Lastkraftwagen nimmt der Deutschen Reichsbahn weiter erhebliche Gütermengen ab, vielfach auch auf große Entferungen.

Der Entwicklung des Eisenbahnpersonenverkehrs stellt sich in immer größerem Ausmaße der Kraftwagen entgegen; zur Anpassung der Betriebsleistungen an den Verkehrsrückgang wurden auch im Juni die Zugleistungen weiter eingeschränkt. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr im Mai betrugen 110,18 Millionen RM. (118,88 im April), aus dem Güterverkehr 247,72 (230,18), und aus Sonstigem 26,68, zusammen 386,51 (379,44) Millionen RM.

Die Wafd-Unruhen in Ägypten

Verfassungskampf oder außenpolitische Wirren?

Von unserem N.-V.-Sonderberichterstatter in Kairo

Kairo, im Juli.

Schematisch stellt man so im Auslande die Lage in Ägypten so vor, als seien die leichten Unruhen der äußeren Ausdruck eines erbitterten Kampfes zwischen einem reaktionären König, der das Land mit den Mitteln des alten türkisch-ostasiatischen Absolutismus regieren möchte, und einer starken demokratischen Bewegung, welche die Zukunft Ägyptens in einem Anbau des jungen Parlamentarismus sieht.

Nichts ist falscher als diese Formel. Denn wer den Verlauf des ägyptischen Königs und seine Anschaungen kennt, weiß, daß

„König Fuad I. ein durchaus moderner Monarch“

ist, der die Notwendigkeit einer allmäßlichen Europäisierung Ägyptens schon zu einer Zeit erkannt hatte, als der größte Teil der Führer des lebigen

Parlamentarismus noch vollkommen unter dem Einfluß des osmanischen Sultanats lebte. Er verbrachte den größten Teil seines Lebens im Auslande, studierte in der Schweiz, Italien und Frankreich, war Militärratgeber bei den türkischen Botschaften in Wien, verkehrte freundschaftlich mit bekannten demokratischen Politikern Frankreichs und Italiens und ist schon als Prinz, besonders aber nach seiner Thronbesteigung, energetisch für Volksbildung und Volksaufklärung eingetreten, die, wie er aus seinen Studien wissen mußte, die gefährlichsten Feinde einer absoluten Monarchie sind. Der König hatte auch in den letzten Jahren keinen persönlichen Grund gehabt, seine europäische Einstellung zu ändern. Seitens des Wad ist keine Gefahr.

Abgesehen von einigen jungen Heldenkämpfen war und ist noch heute die große Mehrheit der nationalen Partei monarchistisch gesinnt.

Die Republik wird noch jetzt ein für den Orient neues und bedeutsam bedeutsames Experiment betrachtet. Auch das

republikanische Exil hat einen ungekrönten König — den französischen Oberkommissar. Bagul-Pasha, der die Gefahr seines eigenen impulsiven Temperaments kannte, schätzte besonders die philosophisch-abgeklärte, abwartende Taktik des Königs, die nach der Unabhängigkeitserklärung im

Jahre 1922 Ägypten aus manchen kritischen Situationen rettete. Ein objektiver Beobachter kann allerdings erneute Gegenläufige grundsländliche Rätsel zwischen Zone und Wad

stellstellen. Wenn trotzdem Wad zum dritten Male zum Mittel der Diktatur greifen zu müssen glaubt, so können die Gründe für diesen Entschluß nur in der außenpolitischen Lage Ägyptens gefunden werden. Denn das Problem der einschl.-ägyptischen Beziehungen beherrscht noch wie vor dem politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes. Das geht schon rein äußerlich aus der Bezeichnung „Wad“ hervor. „Wad“ heißt in arabisch „Delegation“; die arabisch Partei Ägyptens betrachtet sich also noch heute als Nachfolgerin jener ägyptischen Delegation, die im Jahre 1919 unter Bagul-Pasha Führung nach Paris ging, um die Unabhängigkeit des Landes zu verlangen. Dieser ausländigen Politik entspricht auch die für europäische Begriffe merkwürdige Tatsache, daß der Wad sein Programm des inneren Aufbaus bestellt.

Die große innere Arbeit im Lande wird erst nach dem „Abzug der Engländer beginnen“, antworten gewöhnlich die Wadisten, welche durch diese dem Volke verhängliche Normen die verschiedenen Elemente der Bevölkerung — vom Fellachen bis zum Großgrundbesitzer — in ihren Reihen vereinigen.

Hier allerdings beginnt der Konflikt zwischen dem König und dem Wad. Denn Wad, der die Ausichtlosigkeit eines unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen bestimmten Kampfes gegen Englands Vorherrschaft versteht, verlangt positive Arbeit im Innern, um in der Ruhe des inneren Fortschrittes die Entwicklung der Ereignisse im Orient abzuwarten. Er sagt einmal zu Bagul-Pasha:

„Der Unterschied zwischen uns besteht darin, daß Sie den Tod des britischen Löwen noch miterleben möchten, während ich genau weiß, daß wir angeblich der lebenswichtigsten Bedeutung des Suezkanals für England nur mit einer allmäßlichen Besserung unserer Lage rechnen können.“

Bagul-Pasha befürchtet die notwendige politische Reise (wenn auch mehr intuitiv) und kommt mit seinem Monarchen verhältnismäßig gut aus. Er würdigt besonders die Anstrengungen Wads, dem dauernden, für die nicht Einweihen jedoch unsichtbaren Druck Englands zu entgehen.

Es wurde schon oft im Auslande über die Konkurrenz der sudanesischen Baumwolle gesprochen, die unter Umständen den einzigen Exportreichtum Ägyptens vernichten kann.

Nun besitzt aber England noch andere Druckmittel, die für Ägypten gefährlicher sind als Flottendemonstrationen oder Ultimatums.

Die Londoner Arbeiterregierung ist gewiß ehrlich, wenn sie behauptet, sie habe nicht die leichte Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen. Denn die erwähnten Druckmittel können hauptsächlich von denjenigen englischen Finanz- und Wirtschaftskreisen angewendet werden, die sich berufen fühlen, die angeblich durch die Arbeiterpartei durchdrückte Kontinuität der englischen auswärtigen Politik durch eigene Gegenmaßnahmen zu retten. Theoretisch auseinander kann z. B. die „National Bank of Egypt“, die unter englischem Einfluß stehende Emissionsinstitut Ägyptens, durch eine finanzielle Verbindung der Sackungsmittel (Einführung einer größeren Menge von ägyptischen Banknoten usw.) eine schwere Finanzkrise hervorrufen. Liverpooler Firmen können ihren Vertretern in Ägypten die Anwendung geben,

keine Baumwolle zu kaufen,

und dieser Streit der Läufer hat sich bereits härter erkämpft als die Stützungsaktion der ägyptischen Regierung. Außerdem muß man berücksichtigen, daß der internationale Kredit Ägyptens zum größten Teil noch heute in London bestimmt wird. Nach dem Abruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen in London verschärzte sich der englische Druck außerordentlich. Die finanzielle Lage wurde einfach unerträglich. Die sogenannte eiserne Reserve der ägyptischen Regierung, die sich aus den Nebenkassen in den guten Jahren des günstigen Baumwollabsatzes zusammensetzte, seine altägyptische Spartradition, die schon in der biblischen Erzählung von den sieben guten und sieben bösen Jahren erwähnt wird, wurde verbraucht und in dem ordentlichen, ungefähr 40 Millionen Pfund betragenden Budget wurde plötzlich ein Defizit von etwa 10 Millionen Pfund entdeckt.

Die Verschärfung der ökonomischen Krise brachte den König und Nahas-Pasha in eine äußerst schwierige Lage. Wad wurde von allen wirtschaftlichen Faktoren des Landes auf den drohenden Zusammenbruch unmerksam gemacht, und andererseits erkannte erst jetzt Nahas-Pasha die Schwierigkeiten einer revolutionären Partei, die aus Ander gelangt und die mit den unvermeidlichen Kompromissionen der Macht rechnen mußte. Ein großzügiges inneres Aufbauwerk — z. B. die schon seit Jahren von den Fellachen fehlerlos erwartete Agrarreform — hätte eine Konsolidierung der sozialen Gegenläufe und damit auch die Spaltung des Wad zur Folge gehabt.

Ein neuer offener Kampf gegen England war schon aus psychologischen Gründen unbedeutbar, denn eine Auseinandersetzung gegen die Arbeiterpartei, welche eigentlich dem Wad die Macht in Ägypten gab, hätte nur den extrem-imperialistischen Flügel in England verärgert, welcher schon seit Jahren die Unmöglichkeit einer friedlichen Verständigung mit Ägypten predigt. Nahas-Pasha fand den Ausweg. Der Kampf gegen Wad — den „englischen Schulking“ — soll ihm jetzt die Bewegungsfreiheit eines Revolutionärs wiedergeben. Soviel weiß Nahas-Pasha schon aus seiner eigenen Erfahrung im Jahre 1928, daß die innerpolitischen Kämpfe Ägyptens im Grunde genommen nur einen Sturm in einem Wasserfall bedeuten, und daß eine etwaige Abrechnung des Königs und Ausrufung der ägyptischen Republik nur einen Einfluss auf die berühmten, die Unabhängigkeitserklärung vom Jahre 1922 einschränkenden „Reservekräfte“ Englands haben würden.

Über vorläufig gewinnt der Wad seine alte revolutionäre Stoßkraft. Freilich besteht die Gefahr, daß Nahas-Pasha die Führung der Bewegung verlieren könnte. Beide Jahre intensiver bolschewistischer Propaganda sind nicht ohne Einfluß geblieben, und eine Überleitung des nationalsozialistischen Kampfes ins kommunistische Fahrwasser würde selbstverständlich automatisch das Eingreifen der britischen Garnison Kairo, Port-Saïd und Ägypten zur Folge haben.



Aenderung der Reichsstimmordnung

Trauerkundgebung des Reichsrates für Koblenz

Berlin, 24. Juli. Die Sonnenabstimmung des Reichsrates begann mit einer Trauerkundgebung für die Opfer der Brandkatastrophe von Koblenz. Der Reichsminister für die Brüderlichen Gebiete, Trevorinus, erklärte im Namen der Reichsregierung, daß das ganze deutsche Volk den Opfern, den trauernden Hinterbliebenen, der Stadt Koblenz und dem gesamten Rheinland seine herzliche Teilnahme zuwende und sprach die Hoffnung aus, daß die überwältigenden Beweise der Teilnahme der Hinterbliebenen und den sonst Betroffenen ein Trost in ihrem Schmerze sein mögen.

Der Reichsrat nahm dann eine ganze Reihe von Handelsverträgen, die der Reichstag erledigt hat, zur Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Er genehmigte dann eine Aenderung der Reichsstimmordnung, die notwendig geworden ist, weil bisher der Fall nicht vorgetragen war, daß während einer Wahlperiode mehrere Parteien aus einer bisherigen Partei entstehen. Die neue Reichsstimmordnung beläuft unter anderem Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstagen entstellt haben, werden zuerst aufzuführen, und zwar in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben. Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstagen nicht entstellt haben, zu denen sich aber Abgeordnete des letzten Reichstages bei Schluss der Wahlperiode oder im Zeitpunkt der Auflösung des Reichstages bekannt haben, erhalten die anschließenden Nummern in der Reihenfolge der Zahl dieser Abgeordneten. „... eben ist das beim Reichstag geführte Mitgliederverzeichnis.“

Der Reichstag genehmigte ferner eine Aenderung des Gesetzes des Sollaußschusses Bremen. Schließlich stimmte er dem Antrag der Deutschen Reichsbank in Dessau auf Erteilung der Genehmigung zur Ausübung des Geschäftsbetriebes im Reichsgebiete zu.

Kommunistenüberfall auf Hitlerleute

Hannover, 24. Juli. Im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung im Hotel „Kronprinz“ kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Neun Nationalsozialisten wurden verletzt, davon zwei so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.